Abend-Ausgabe.

Das „Berliner Tageblatt“ erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe, und des Montags, an dem es nur in einer Abendausgabe ausgegeben wird. Es ist durch die Expedition Jerusalemerstr. 48, Filiale Friedrichstadt: Friedrichstr. 66, Filiale Königstadt: Königstr. 50, Filiale Louisenstadt: Prinzenstr. 41, sowie durch alle Zeitungs-Spediteure und Post-Anstalten des Reiches zu beziehen. — Redaktion: Jerusalemerstr. 48.

Der Abonnements-Preis beträgt mit dem illustr. Witzblatt „Ulk“, der „Deutschen Reichspost“ u. den „Mitheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau u. Hauswirthschaft“ vierteljährl. 5 M. 25 Pf. incl. Botenlohn, monatl. 1 M. 75 Pf. Bei separ. Zustellung des Abendblatt 25 Pf. Extra-Bestellgebühr pro Monat); durch die Post bezogen 5 M. 25 Pf. pro Quartal. — Inserate, à Zeile 50 Pf. (Berliner „Stadt-Anzeiger“ 30 Pf.), werden in der Expedition Jerusalemerstr. 48, sowie deren Filialen: Friedrichstr. 66, Königstr. 50, Prinzenstr. 41 angenommen.

Berliner Tageblatt.

Nr. 210. **Berlin, Donnerstag, den 5. Mai 1881.** **X. Jahrgang.**

Politische Tagesübersicht.

Berlin, 5. Mai.

* Wir sind in der Lage, die überraschende, doch zuverlässigst verbürgte Mittheilung zu machen, daß Fürst Bismarck den Beschluß der Unfallversicherungskommission, welcher die centralisirte Reichsanstalt aufgiebt und an deren Stelle Zwangs-Versicherungsanstalten der Einzelstaaten setzt, bereits acceptirt hat. Die Bedeutung dieses Entschlusses ist kaum zu überschätzen. Fürst Bismarck hat es sich in persönlichen Auseinandersetzungen mit den zur Zeit der Reichstagseröffnung hier anwesenden Ministern Baierns, Sachsens 2c. nicht geringe Mühe kosten lassen, um die Mittelstaaten für das Projekt der Reichsanstalt zu gewinnen. Ja, er machte ihnen zu diesem Zweck die Konzession, daß er auf die Errichtung von Zweiganstalten, die unter der Berliner Centralleitung gestanden hätten, verzichtete und an deren Stelle die Verwaltungsorgane der Einzelstaaten als Aufsichtsinstanz zuließ. Man war deshalb berechtigt, zu glauben, daß seinen Plänen nicht wirkungsvoller hätte in die Parade gefahren werden können, als es durch den gestrigen Beschluß der Kommission geschah.

Noch bei der Generaldebatte im Plenum hatte der Reichskanzler den fraglichen Punkt für so wesentlich erklärt, daß nach der Beseitigung desselben (und nebenbei auch des Reichszuschusses) die Vorlage, wie er sich ausdrückte, gar kein Interesse mehr für ihn haben würde. Wenn er jetzt seinen Pakt mit dem Partikularismus unter ultramontaner Flagge schließt, so ist diese Schwankung im Zusammenhang mit der Gesammthaltung der konservativ-klerikalen Verbrüderung nur dahin zu verstehen, daß der Liberalismus bei den Arbeitern ins Unrecht versetzt werden und der Lauheit und mangelnden Fürsorge angeklagt werden soll.

Mit der Sozialreform soll in derselben Weise Wahlreklame getrieben werden, wie es mit der Steuerreform bei Gelegenheit des Steuererlasses geschehen ist. Man kennt die Erbitterung des Reichskanzlers gegen die Liberalen aller Schattirungen. Er habe, so läßt er sich vernehmen, die Nationalliberalen an einen Scheideweg gestellt; jetzt, wo es entschieden sei, daß sie andere Bahnen als die seinigen einschlagen wollen, könne von Kompromissen nicht mehr gesprochen werden.

Auch der gestrige Artikel der „Provinzial-Korrespondenz“ mit seiner versöhnlichen Maske kann Niemanden darüber täuschen, daß das Tafeltuch zwischen dem Kanzler und der Partei Bennigsen zerschnitten ist. Unter solchen Umständen hält man liberalerseits dafür, daß für das Unfallgesetz eine ganz neue Situation geschaffen ist, die zu befürchten oder zu erhoffen noch vor Kurzem kaum Jemand gewagt hätte. Die Chancen der Annahme sind ganz ungemein gestiegen. Hat Fürst Bismarck die Reichsanstalt geopfert, so steht gar nichts im Wege, daß die Koalition der Rechten und des Centrums auch fernerhin zusammenhält; das ist die pessimistische Meinung, die mehr und mehr an Boden gewinnt.

Zur Sache selber wird auf das gänzlich Verfehlte der von der Kommission beliebten Ersetzung der Reichsanstalt durch solche der Partikularregierungen hingewiesen. Das Hauptmotiv für die Verstaatlichung dieses Zweiges des Versicherungswesens ist den Händen des Reichs war gewesen einmal die absolute Sicherheit der centralisirten Verwaltung, dann die Ausgleichung der Verlustchancen und in Folge davon die möglichst niedrige Festsetzung der Versicherungsprämien. Das Alles soll nun aufgegeben werden zu Gunsten von Einrichtungen, die alle Fehler, welche man vermeiden wollte, an sich tragen werden und die nicht einmal an der wohlthätigen Konkurrenz der Privatgesellschaften ein Gegengewicht finden.

---

* Die Kommission für die Berathung des Unfallversicherungs-Gesetzes trat in ihrer gestrigen Sitzung in die Berathung von § 9, welcher den Schadenersatz für den Fall der Tödtung bestimmt. Von den Abgeordneten Wöllmer und Witte ist beantragt, die Unterstützung für Wittwen auf 25 Prozent und die der Waisen auf 15 Prozent generell zu erhöhen. Abgeordneter Buhl will diese 15 Prozent nur den Doppel-Waisen gesichert sehen; Abgeordneter Freund beantragt die Vergünstigung, daß Wittwen und Kinder, auch wenn die Ehe erst nach dem Unfall geschlossen, dann die Pension gewährt werden soll, wenn der Verstorbene vor der Eheschließung mit der Geheirateten ein Kind erzeugt hat. Der Abgeordnete Cysolt wünscht unbedingte Vergütung der aufgewendeten Heilkosten beim Todesfall. Dem letzten Gedanken, dessen redaktionelle Fassung für die zweite Lesung vorbehalten bleibt, wird dadurch Rechnung getragen, daß der dritte Absatz von 3a in erster Lesung gestrichen und jene veränderte Fassung für die zweite Lesung offen gehalten wird. Von den übrigen Anträgen wird nur der des Abgeordneten Buhl angenommen. Der Abgeordnete Stumm will durch Einschaltung der Worte „oder statutarischer“ in Absatz 2 des § 10 die gesetzliche Bestimmung erzielen, daß die auch auf privatrechtlicher Grundlage beruhenden Entschädigungs-Verpflichtungen von Kranken-, Invaliden- und Unterstützungskassen auf Grund von Betriebs-Unfällen späterhin zur Vermeidung von Doppelversicherungen ausgeschlossen werden. Der Antrag desselben wird angenommen. Der Antrag des Abgeordneten Buhl, die Begrenzung der Rente eines verunglückten Lehrlings auf den Betrag von 200 Mark abzuleiten (⅔ des Arbeitsverdienstes, 300 Mark), findet keine Majorität. Zu § 12 beantragt Abgeordneter Buhl den Zusatz: Die Prämiensätze für die einzelnen Gefahrenklassen sind so zu bemessen, daß jede Gefahrenklasse für sich die auf sie treffenden Beträge an Schäden und Verwaltungskosten aufbringt. Abgeordneter Lieber will die Bemessung der Prämiensätze „unter Mitwirkung der Betheiligten“. Die Abstimmung hierüber wird ausgesetzt und in die Berathung von § 13, Aufbringung der Versicherungsprämie, eingetreten. Der Referent Herr v. Hertling erklärt sich gegen die Heranziehung von Beiträgen aus öffentlichen Mitteln; auf demselben Standpunkt halten sich auch meist alle Petitionen, auch ist er gegen die Scheidung durch eine Lohngrenze, die immer etwas Willkürliches habe. Vom Abgeordneten Marquardsen ist der Antrag eingebracht, die Prämie vom Unternehmer allein aufbringen zu lassen, Abgeordneter Stumm beantragt die Beiträge zu zwei Dritteln dem Arbeitgeber, zu einem Drittel dem Arbeiter aufzuerlegen, er motivirt seinen Antrag aus der ethischen Rücksicht, den Arbeiter zur Mitleistung zulassen zu müssen. Staatssekretär v. Bötticher macht die Eröffnung, daß er auf den Prämienbeitrag aus Reichs- oder Staatsmitteln zurückkommen müsse, da dieser Punkt für die verbündeten Regierungen bestimmend sein werde und zwar aus sozialen, sowie politischen Gründen. Durch den Staats- oder Reichsbeitrag solle der Arbeiter überzeugt werden, daß der Staat sich wirksam seiner Lage annehme. Der Antrag Stumm wird angenommen.

---

* Dem Reichstage dürften in den nächsten Tagen noch einige neue Vorlagen zugehen. In bestimmter Weise wird vor Allem der Entwurf wegen des Baues eines Reichstagsgebäudes auf dem Raczynskischen Terrain genannt; auf Anfrage von betheiligter Seite ist zuständigerseits der Bescheid ertheilt worden, daß die Vorlage bereits dem Kaiser zur Unterschrift vorliege. Ferner steht binnen Kurzem zu erwarten der vom Bundesrathe genehmigte Entwurf wegen weiterer Ausprägung von 15,000,000 Stück Markstücken. An Vorlagen, welche bereits vor Beginn der Reichstagssession als beim Bundesrathe in Vorbereitung bezeichnet wurden, fehlen bis jetzt noch: Gesetzentwurf betreffend einige Aenderungen und Ergänzungen des Gesetzes vom 31. März 1873 über die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten (Bestimmung wegen Zurdispositionsstellung der höheren Reichsbeamten aus politischen Gründen); Gesetzentwurf über Abänderung und Ergänzung der Gesetze vom 27. Juni 1871 und 4. April 1874 über Pensionirung und Versorgung von Angehörigen des Reichsheeres und der Marine, und der Entwurf betreffend gerichtliche Verfolgung von Personen des Militärstandes. Sodann stehen die handelspolitischen Vorlagen noch vollständig aus. Bekanntlich handelt es sich um Verträge mit Oesterreich, Italien, Belgien und der Schweiz. Sollten auch nur die bisherigen Provisorien verlängert werden, so müßte sich noch der Reichstag mit ihnen jetzt noch beschäftigen, denn am 30. Juni laufen sie stimmtlich ab. Endlich tritt es als immer wahrscheinlicher hervor, daß der von dieser Stelle aus zuerst angekündigte Nachtragsetat wegen Erwählung eines deutschen Volkswirthschaftsraths noch erscheint.

---

* Finanzminister Bitter hat die Aufgabe erhalten, in einer allerdings nicht rechtsverbindlichen Form, den üblen Eindruck, welchen das ablehnende Bismarcksche offizielle Antwortschreiben auf die Hamburgischen Forderungen wegen des Zollanschlusses in Hamburg hervorgerufen hat, nach Kräften abzuschwächen. Er hat sich seiner Aufgabe in einem an den Senator Dr. Versmann gerichteten Privatbriefe entledigt, welcher gewissermaßen einen Kommentar zu der offiziellen Note bilden soll. In demselben legt der Finanzminister dar, daß der Reichskanzler den hanseatischen Forderungen materiell nicht abgeneigt sei, daß er nur formell

---

Vor den Hochzeits-Feierlichkeiten.

(Original-Feuilleton des „Berliner Tageblatts.“)

[Von unserem Korrespondenten.]

Wien, 3. Mai.

Man sagt wohl nur etwas Selbstverständliches, wenn man versichert, daß ganz Wien heute in allererster Reihe nur mit den Vorbereitungen zu dem großen Feste, zur Vermählungsfeier des Kronprinzen Rudolf mit der Prinzessin Stefanie, beschäftigt ist. Tausende Hände regen sich, überall herrscht ein rüstiges und frohes Schaffen, in den Werkstätten und Ateliers, in den Bürgerhäusern, in den Palästen des Adels und in der kaiserlichen Burg selbst, überall und überall beeilt man sich, die letzte Hand anzulegen und Alles in würdiger Weise für das seltene Fest vorzubereiten. Auf den Straßen und Plätzen aber, sowie in jenen Partien des Praters, welche den Schauplatz der öffentlichen Festlichkeiten bilden werden, sind die Zurüstungen im vollsten Gange, es wird gehämmert und gesimmert und dekorirt, da werden die großen Tribünen errichtet für die Zuschauer, dort Flaggenstangen und Masten in die Erde eingerammt, an anderen Stellen wieder errichtet man die Obelisken und Zelte und Pavillons und Lauben und Triumphbogen für den Einzug, für die Empfangs- und Begrüßungsszenen, daneben hantiren Hunderte von Professionisten, Gasarbeiter, Installateure und Dekorateure an den Gebäuden, um an diesen die Vorrichtungen für die allgemeine Illumination am Vorabende des Trauungstages anzubringen und die Gebäude selbst festlich zu schmücken.

Und alle diese Arbeiten werden von herrlichsten Wetter begünstigt. Der Mai hat sich heuer in der verheißungsvollsten Weise bei uns eingestellt. So schön, so warm, so hell und licht haben wir ihn schon seit vielen Jahren nicht mehr erlebt, und das erhöht natürlich die allgemeine Freudigkeit und steigert die Lust, Alles auf das Prächtigste zu gestalten. Es sind wahre Sommertage mit völlig wolkenlosem Himmel, die uns seit dem Maianfang beschert sind und wir flehen im Stillen recht inbrünstig: „Ach, wenn es nur ewig so bliebe“, und wenn auch nicht „ewig“, so doch bis nach den Festlichkeiten, wenigstens bis nach dem 10. dieses Monats. Es wäre gar zu traurig, wenn uns der Mai auch diesmal narren wollte, wenn er sich uns nur in seinem Anfange so herrlich gezeigt, blos die Vorbereitungen zu dem Feste in so wundervoller Weise begünstigt hätte und dann, um den Kontrast desto greller, den Unterschied desto empfindlicher in die Erscheinung treten zu lassen, die Festtage selbst uns verderben, und verregnen wollte.

Im Ernste gesprochen: Das wäre eine wahre Kalamität. Eine Illumination bei Regengüssen ist nicht gut denkbar, ein Volksfest im Prater bei nassem Wetter haben wir hier im vorigen Jahre durchgemacht, wünschen aber nichts weniger als eine Wiederholung der damals erlebten Szenen, und wenn gar der Einzug der Prinzessin-Braut von Jupiter Pluvius verdorben werden sollte, wäre Wien in gelinder Verzweiflung. Die beschmutzten Straßen, vom Regen triefenden Guirlanden und Festons, verwaschenen und durchtränkten, von den Flaggenstangen, Balkons 2c. traurig herunterschlotternden Fahnen, dann die regenschirm-überhachten Menschen auf den Straßen und den Tribünen bilden keinen angenehmen Anblick, und den Hunderttausenden von Zuschauern, sowie der Prinzessin selbst und allen am Einzuge Betheiligten wäre die Freude verleidet.

Aber noch ist der Himmel blau und klar, noch sendet die Sonne ihre warmen Strahlen hernieder, durchglühen diese die Atmosphäre und wecken sie aus dem Boden und auf den Bäumen Keime und Blüthen hervor, und so geben wir uns der angenehmen Erwartung hin, daß das prachtvolle Wetter von Dauer sein und das große Fest begünstigen werde. Davon, welches Bild sich uns dann darbieten wird, können wir uns schon heute eine kleine Vorstellung machen, wenn wir des Abends einzelne Theile Wiens besuchen. An allen jenen Stellen, wo Festbauten errichtet werden, sehen wir schon jetzt allabendlich wahre Völkerwanderungen. Der Wiener ist in gewissem Sinne raffinirt in seinen Genüssen, er durchkostet das Vergnügen gern soviel als nur irgend möglich. Er beobachtet das Werdende in allen seinen Phasen und findet stets neue Freude daran.

Wie weit dies oder jenes seit gestern, seit heute Vormittag vorgeschritten, wie dieser Triumphbogen entstanden, wie jene Säule verkleidet, diese Laube überdacht, dort ein Adler oder ein Wappen angebracht, hier eine Draperie befestigt wird 2c. — das Alles will er sehen und beobachten, Alles macht ihm wieder Vergnügen. So strömt denn die Bevölkerung dorthin, wo nur irgend etwas zu sehen ist, wo irgend etwas entsteht. Und keine Klasse der Bevölkerung macht dabei eine Ausnahme. Die Aristokratie in ihren wappengeschmückten Karossen, der reiche Bürger in seiner Privatequipage oder im Fiaker, der bescheidener Begüterte im „Comfortable“ (dem einspännigen, billigen Miethswagen), dann jene große Masse, die sich der Tramway und des Omnibus gewöhnlich bedient, und die nicht minder große, oder noch viel größere Masse, die schlechtweg per pedes apostolorum ihr „Fortkommen“ findet, — sie Alle, Alle sind seit einen Tagen auf den verschiedenen Festplätzen zu finden, sie füllen die Straßen, daß man sich kaum mehr hindurchwinden kann und daß die mannigfachen Behelfe an den betreffenden Stellen nur von Schritt zu Schritt vorwärts kommen, manchmal auch eines fast beängstigenden, scheinbar unauflösbaren Knäuel bilden.

Aber trotz des Gedränges und Gewimmels ist das reizend anzuschauen, denn es geht dabei in der Regel recht „gemüthlich“ zu und die Tausende von Menschen vertragen sich recht gut, zwängen oder stoßen sich gegenseitig unter Lachen und Scherzen vorwärts. In solchen Momenten befundet sich die liebenswürdige Eigenart der Wiener Bevölkerung, welche dieser den Ruf eindrachte, daß sie eigentlich gar keinen ächten und rechten Pöbel in ihrer Mitte habe, — ein Mangel, den man sich gern gefallen läßt und den man nicht jeder Großstadt nachrühmen kann.

Diese liebenswürdige Eigenart der Wiener Bevölkerung ermöglicht es auch, daß bei dem Volksfeste im Prater am nächsten Sonntag die Polizei nicht zu sehen sein wird. Der Kaiser, der seine Wiener kennt und sich am wohlsten fühlt, wenn er ganz ungezwungen, in wahrhaft familiärer Weise unter den Volksmassen sich bewegen kann, drückte selber den Wunsch aus, man möge von allen polizeilichen „Begleitungen“ oder „Sicherheitsmaßregeln“, die ganz überflüssig seien, ablehen, und dieser Wunsch des Monarchen wird natürlich strikte erfüllt. Es werden deshalb lediglich von der Festkommission berufene junge Bürger mit Schärpen und Bouquets in den Farben der Prinzessin Stefanie als Abzeichen die Ordnung bei dem Volksfeste aufrechterhalten.

Wenn man bedenkt, daß im vorigen Jahre beim Volksfest im Prater, das aus Anlaß des fünfzigsten Geburtstages des Kaisers veranstaltet worden ist und das, wie bereits erwähnt, verregnet wurde, über 300,000 Menschen anwesend waren, daß man jetzt für das Volksfest am nächsten Sonntag, wenn nur halbwegs gutes Wetter ist, mindestens auf eine halbe Million Menschen rechnen muß — dann wird man zugeben, daß es erwähnenswerth ist, daß dabei lediglich eine Anzahl junger Bürger in Frack und Cylinder, mit Schärpen und Bouquets die Ordnung aufrecht halten sollen, und daß hierin jedenfalls eine höchst schmeichelhafte Charakteristik Wiens enthalten ist. Freilich gehört das mit zu wahrhaft allgemeinen großen Festen, und darin liegt auch der Erklärungsgrund, wieso die zahlreichen Feste in Wien während der letzten Jahre stets wieder einen so großartigen, völlig ungetrübten, Alle, Alle ohne Ausnahme, innig erfreuenden Verlauf nehmen konnten. Und mindestens ein Theil der hier angedeuteten guten Eigenschaften ist bei allen Oesterreichern zu finden.

Was sie auch sonst trennen mag, wie sie sich sonst befehden mögen, bei den großen Festen des Kaiserhauses verschwinden alle Dissonanzen und vereinigen sich alle Stämme und Nationen zu herzlicher Theilnahme und gemeinsamer Huldigung. So wird es auch diesmal sein, und Wien wird in den nächsten Tagen die Vertretungen der ganzen Monarchie in seinen Mauern beherbergen, die den Kronprinzen und seine Braut zu beglückwünschen von überall aus dem weiten Reiche herbeieilen, Viele mit kostbaren Geschenken beladen, die Aermsten selbst mit künstlerisch ausgestatteten Adressen.

Die eigentlichen Festtage beginnen am Freitag, den 6. d., an welchem Tage die Prinzessin-Braut Wien auf dem überaus reich und prachtvoll geschmückten Westbahnhofe eintrifft, um sich von dort direkt nach dem kaiserlichen Lustschlosse Schönbrunn zu begeben, wo die Prinzessin bis zum feierlichen Einzuge am 9. d. wohnen wird. Zuerst auf österreichischem Boden begrüßt wird die Prinzessin vom Kronprinzen in Salzburg, welche Stadt besondere Feste und eine allgemeine Illumination veranstaltet, obgleich die Prinzessin-Braut mit ihren königlichen Eltern dort nur übernachtet.

Zu erwähnen wäre in diesem vorläufigen Festberichte noch, daß der Hof selbst außer dem feierlichen Einzuge gar nichts veranstaltet, denn die Hochzeit soll nach dem Willen des Kaisers eine reine Familienfeier sein; nur ein Hofball wird stattfinden, aber auch auf diesem wird die Prinzessin Stefanie nicht erscheinen. Die bevorstehenden Feste entspringen also, mit Ausnahme der Ceremonien bei Hofe, der Initiative der Bevölkerung, welche es sich nicht nehmen ließ, die Vermählung unseres Kronprinzen in glänzender Weise zu feiern. Nach allen Vorbereitungen zu schließen, wird dies wohl gelingen, wenn sich nur kein unerwarteter störender Zwischenfall einstellt und wenn uns das Wetter — dieser höchst wichtige Faktor bei öffentlichen Festen — keinen Strich durch die Rechnung macht.